

„Katholisches Forum Leben in der Illegalität“

Pressekonferenz, Di 28.09.2004/11.00 Uhr,

Kath. Akademie, Berlin

Es zählt das gesprochene Wort

Zunächst bitte ich Sie, die Abwesenheit von Weihbischof Dr. Voß zu entschuldigen, der wegen einer Erkrankung heute leider nicht hier sein kann. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten, was ich gerne tue.

Wir möchten Ihnen heute das „Katholische Forum Leben in der Illegalität“ vorstellen. Es wurde am 28.06.2004 gegründet. Die Gründungsmitglieder sind

- der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Dr. Voß,
- der Deutsche Caritasverband,
- die Deutschen Malteser,
- der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland,
- das Kommissariat der deutschen Bischöfe – katholisches Büro Berlin,
- der Bereich Weltkirche und Migration des Sekretariates der Deutschen Bischofskonferenz,
- der Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge.

Das Forum soll ein effizienteres Eintreten für die betroffenen Menschen in Kirche, Gesellschaft und Politik ermöglichen. Und gleichzeitig das langjährige Engagement der katholischen Kirche in diesem Bereich stärken. Die Erfahrungen, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerseelsorge, der Caritas und anderer Verbände seit Jahren machen, haben die deutschen Bischöfe in der Schrift "Leben in der Illegalität – eine humanitäre und pastorale Herausforderung"(2001) gebündelt. Es war das Anliegen der Bischöfe, ein breites Publikum für Probleme im Zusammenhang des Lebens in der Illegalität zu sensibilisieren. Pragmatische Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Lage werden darin aufgezeigt.

Während der Arbeiten der unabhängigen Kommission Zuwanderung und der Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz versuchte die Kirche und ihre Caritas immer wieder, auf die Situation der 'Illegalen' aufmerksam zu machen. Wir wiesen darauf hin, dass es kein Gesetz zur "Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung" geben kann, ohne dass auch dieser Bereich der Zuwanderung Beachtung findet¹. Dies ist im Zuwanderungsgesetz nicht in angemessener Weise geschehen: Dort, wo der Problemkomplex Illegalität ausdrücklich angesprochen wurde, geschieht dies unter Hinweis auf herkömmliche Politikansätze, die sich unserer Meinung nach als unwirksam erwiesen haben: Könnte man nämlich mit Polizei, Grenzschutz, Melde- und Strafbestimmungen das Problem der unerlaubten Zuwanderung und des unerlaubten

¹ Vgl. Anhörung des Innenausschusses am 16.1.2002 und die dort vorgelegte Stellungnahme der Caritas bzw. die vorgelegten und vorgetragenen Stellungnahmen des Katholischen Büros und des Jesuiten Flüchtlingsdiensts. Vgl. Anlagen 1,2,3 zu diesem Statement

Aufenthalts wirklich lösen, dann hätten kirchliche Gemeinden und Wohlfahrtsverbände nicht die Probleme, die sie nun mal haben.

Es ist nicht in Ordnung, dass das neue Aufenthaltsgesetz die Situation hunderttausender Menschen ignoriert, die sich (nicht nur) unserer Schätzung nach illegal in Deutschland aufhalten.

Diese Menschen haben Rechte

- etwa auf medizinische Versorgung,
- auf Schulbesuch,
- auf Lohn für geleistete Arbeit.

Menschen, die in der Illegalität leben, können diese Rechte jedoch aus melderechtlichen Gründen nicht angstfrei in Anspruch nehmen. Viele Helfer - nicht nur aus dem Bereich der Kirche - versuchen, diesen Menschen so gut wie möglich zu helfen. Sie tun dies aber in der Unsicherheit, ob sie sich dadurch der Beihilfe zu unerlaubtem Aufenthalt schuldig machen. Dies ist schwer erträglich.

Auf der anderen Seite nützen viele gewerbliche Branchen (Bau, Gastronomie, Landwirtschaft, Reinigung) und private Haushalte (Putzen, Pflegen) die Arbeitskraft dieser Menschen, ohne sich aber an den Kosten, etwa der gesundheitlichen Absicherung, zu beteiligen.

All dies sind unserer Meinung nach gravierende Defizite, an denen umgehend gearbeitet werden muss. Illegale Migration, illegaler Aufenthalt und illegale Ausländerbeschäftigung sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ein Problem, das - wie gesagt - in unserer Gesellschaft weitgehend ignoriert wird.

Aus diesem Grund wurde nun das „**Katholische Forum Leben in der Illegalität**“ gegründet. Die Kirche ist der Auffassung, dass illegale Migration und unerlaubter Aufenthalt eine Begleiterscheinung der globalisierten Weltgesellschaft ist. Solange die Welt so bleibt, wie sie ist, mit ihren Kriegen, Krisen und Ungerechtigkeiten, werden Menschen versuchen, ihre individuelle Situation zu verbessern und illegal einreisen.

Die bisher in Deutschland in diesem Kontext angewendeten Politikansätze sind nicht hilfreich. Unsere Nachbarländer sind hier weiter. Das Thema steht dort schon seit Jahren auf der öffentlichen Agenda. Freilich: Die Einzigartigkeit der jeweiligen nationalen Sozialsicherungs- und Rechtssysteme macht es schwer, Lösungen zu importieren. Auch wir in Deutschland müssen lernen, pragmatische Lösungen zu finden. Diese Lösungen müssen sowohl mit dem Gebot der Menschenwürde des christlichen Menschenbildes und unseres Grundgesetzes einerseits, als auch der spezifischen Ordnung des deutschen Rechtssystems in Einklang stehen. Dies wird nicht einfach sein. Aber ein Anfang muss gemacht werden.

Das Katholische Forum Leben in der Illegalität möchte alle Menschen guten Willens einladen, sich mit uns an dieser Lösungssuche zu beteiligen.

Die Ziele des katholischen Forums fasse ich wie folgt zusammen:

- Politisch:

Es geht uns um eine angemessene Beachtung des Phänomens der Illegalität in der Politik. Insbesondere drängen wir auf die Entwicklung nachhaltig wirksamer Konzepte zur Vermeidung von Illegalität.

- Juristisch:

Wir setzen uns für die effektive Durchsetzung fundamentaler Rechte, für die Verbesserung von Legalisierungsmöglichkeiten und die Entkriminalisierung humanitär motivierter Hilfe ein.

- Gesellschaftlich:

Wir setzen auf eine bewusstseinsbildende Enttabuisierung sowie auf einen aufrichtigen Umgang mit Menschen, die in der Illegalität leben.

Abschließend möchte ich zwei Dinge betonen:

Die Katholische Kirche will NICHT unerlaubten Aufenthalt als solchen ermöglichen. Der Staat hat das Recht, Zuwanderung mit den ihm hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln zu regulieren und zu kontrollieren. Der Staat darf dabei aber nicht Berufsgruppen einbeziehen, deren spezifische Aufgabe NICHT die Kontrolle von Zuwanderung ist, nämlich Ärzte, Lehrer, Sozialarbeiter und Pfarrer.

Sodann möchte die Katholische Kirche keinesfalls kriminelle Praktiken, die in diesem Milieu vorkommen, decken oder gar gut heißen. Es geht uns aber darum, die kriminellen und humanitären Aspekte innerhalb des Problemkomplexes Illegalität deutlicher zu charakterisieren und voneinander zu trennen. Auch hier geht es darum, für beide Bereiche ein ihnen angemessenes Instrumentarium zu entwickeln.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse. Für Rückfragen zu den konkreten Forderungen und Vorhaben stehen Ihnen Herr P. Dr. Alt SJ, der künftige Geschäftsführer des Forums, Herr Alborino, Leiter des Referates Migration und Integration beim Deutschen Caritasverband, die hier Anwesenden und ich nun gerne zur Verfügung.

Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes